

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Finanzen	Datum 25.03.2004
	Schriftführer Rolf Büchel
	Telefon-Nr. 02202/142607
Niederschrift	
Finanz- und Liegenschaftsausschuss	Sitzung am Mittwoch, dem 17. März 2004
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:04 Uhr - 19:05 Uhr
	Unterbrechungen: keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 11.12.2003 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil)
*102/2004***
- 4. Mitteilung des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilung der Bürgermeisterin**
- 6. Parkraumbewirtschaftung
*108/2004***
- 7. Beitrag des Aufgabenbereichs "Tagesbetreuung für Kinder" zum Haushaltssicherungskonzept einschließlich der Änderung der städtischen Richtlinien zur**

- Förderung der Kindertagesstätten**
51/2004
- 8. Kinderhaus**
67/2004
- 9. Finanzierung der Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit 2005**
82/2004
- 10. Erweiterungsbau am Nicolaus-Cusanus-Gymnasium/Änderung des Maßnahmebeschlusses vom 25.01.01**
128/2004
- 11. Jahresabschluss 2001 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**
123/2004
- 12. Schuldenmanagement**
133/2004
- 13. Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2003**
104/2004
- 14. Haushaltsreste-Liste 2003**
100/2004
- 15. Wirtschaftsplan 2004 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**
136/2004
- 16. Beratung über den Haushaltsplanentwurf 2004
hier: Hochbaumaßnahmen FB 6**
105/2004
- 17. Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2004 und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahr 2003 - 2007**
101/2004
- 18. Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil**

2. **Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 11.12.2003 gefassten Beschlüsse (Nichtöffentlicher Teil)**
103/2004

3. **Mitteilung des Vorsitzender**

4. **Mitteilung der Bürgermeisterin**

5. **Verkauf der Liegenschaft Am Mühlenberg 17 in Bergisch Gladbach**
132/2004

6. **Verkauf der städtischen Hofanlage "Combüchen 1"**
hier: Ergebnis der Ausschreibung
134/2004

7. **Abschluss eines Bau-, Besitzüberlassungs- und Mietvertrages mit dem Tennis- und Hockey-Club rot-weiß e.V. über ein städtisches Grundstück im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 1551 - Ehem. Hermann-Löns-Kaserne - zur Errichtung eines Kunstrasenplatzes nebst Gebäude**
122/2004

8. **Projekt Gladium**
hier: Änderung des Grundstücksvertrages
145/2004

9. **Übernahme von Bürgschaften**
139/2004

10. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.02.2004, die Rückabwicklung des Kauvertrages mit der Firma Hahn (Gelände am Busbahnhof plus Parkhaus) einzuleiten**
150/2004

11. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der Ausschussvorsitzende, Herr Freese, eröffnet um 17:04 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Liegenschaftsausschusses fest.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil

@-> Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 11.12.2003 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil)

@-> Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4 Mitteilung des Vorsitzenden

@-> Der Ausschussvorsitzende, Herr Freese, teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt A 6 - Parkraumbewirtschaftung- abgesetzt wird, da die Beratung dieser Angelegenheit im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vertagt wurde.

<-@

5 Mitteilung der Bürgermeisterin

@-> Herr Kotulla berichtet über das vorläufige Abschlussergebnis für das Haushaltsjahr 2003. Gemäß der Haushaltssatzung war ein Fehlbedarf von ca. 20.5 Mio. € eingeplant. Nunmehr wird mit einem Fehlbetrag in Höhe von 24.5 Mio. € gerechnet. Dies ist in erster Linie mit fehlenden Einnahmen durch den Ausfall beim Cross-Border-Leasing (7 Mio. €) und erhöhten Ausgaben bei der Sozialhilfe (ca. 2.0 Mio. €) zu begründen. Diese Verschlechterungen wurden u.a. durch Mehreinnahmen beim Einkommensteueranteil, Wenigerausgaben bei den Personalkosten und durch Einsparungen im Rahmen der Haushaltssperre verringert.

Zur Gemeindefinanzreform teilt er mit, dass diese in seinen Augen gescheitert ist. Die beiden wichtigsten Punkte (Änderung der Gewerbesteuer und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) sind nicht, wie seinerzeit geplant war, so beschlossen worden. Hierdurch kommen zusätzliche Risiken auf die kommunalen Haushalte zu. Sollte bei der Umsetzung von "Hartz IV" nicht nachgebessert, so wären die kommunalen Haushalte und Haushaltssicherungskonzepte nicht mehr ausgeglichen.

<-@

6 Parkraumbewirtschaftung

@-> @-> Der Ausschussvorsitzende, Herr Freese, eröffnet um 17:04 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Liegenschaftsausschusses fest.

<-@

@-> Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat die Neufassung der Parkgebührenordnung.

<-@

7 Beitrag des Aufgabenbereichs "Tagesbetreuung für Kinder" zum Haushaltssicherungskonzept einschließlich der Änderung der städtischen Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten

@-> Auf entsprechende Fragen von Herrn Dr. Fischer antwortet Herr Hastrich, dass die auf Seite 20 der Vorlage unter Punkt 3.1 angesprochenen Mehreinnahmen durch Zinsersparnis eintreten. Über die Einsparungen aufgrund dieses Beschlusses wird der Rat im Rahmen der Berichterstattung über die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes unterrichtet.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich** (9 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P.; 6 Nein-Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDinitiative)

Beschlussvorschlag:

<-@

- @->
1. Die in der Sachdarstellung aufgeführten Maßnahmen zur Erzielung des Einsparvolumens von 783.000 € und zum Ausbau des Platzangebots sollen zeitnah, spätestens aber bis 2007 umgesetzt werden.
 2. Den Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten wird in der geänderten Fassung zugestimmt.
 3. Der Kindertagesstättenplan ist unter Berücksichtigung des Spar- und Ausbaukonzepts und in Abstimmung mit der Schulentwicklungsplanung fortzuschreiben.

<-@

8 Kinderhaus

@-> Herr Dr. Fischer fragt, wieso die Errichtung dieses Gebäude nicht ausgeschrieben wird und in welcher Rolle die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft zu sehen ist. Außerdem möchte er wissen, ob der Einsatz von Mitteln aus der Stiftung Scheurer möglich ist, wenn ein Dritter Eigentümer des Gebäudes ist.

Herr Dr. Kassner kündigt die Beantragung eines Sperrvermerkes für die Mittel zum Bau dieses Kinderhauses im Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ an.

Auf die Fragen von Dr. Fischer antwortet die Verwaltung, dass nicht beabsichtigt ist, das Grundstück zu veräußern, sondern lediglich den Bau durch Dritte ausführen zu lassen. Die RBS tritt demnach nur als Bauträger auf. Hierzu können die Mittel aus der Stiftung Scheurer durchaus in Anspruch genommen werden. Die RBS kommt als Bauträger nur dann in Betracht, wenn sie am wirtschaftlichsten dieses Gebäude errichten kann.

Sodann fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

<-@

@-> Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Schritte zum Bau eines Kinderhauses auf dem Pannenberg in Bergisch Gladbach-Paffrath einzuleiten. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb des dargestellten Kostenrahmens eine möglichst günstige Lösung zu finden. Vorrangig ist die Erstellung des Gebäudes durch die RBS (Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft) zu prüfen.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) bittet den Finanz- und Liegenschaftsausschuss, das geeignete Grundstück am Pannenberg zur Verfügung zu stellen und die erforderlichen Mittel für den Bau in den Wirtschaftsplan einzustellen.

Die für den Bau des Kinderhauses notwendige Finanzierung soll zum Teil durch den Einsatz von Mitteln aus der Stiftung Scheurer aufgebracht werden. Die darüber hinaus notwendigen Geldmittel werden durch die Tagessätze des Kinderhauses refinanziert werden.

<-@

9 **Finanzierung der Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit 2005**

@-> **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich** (9 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, und F.D.P.; 6 Nein-Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDinitiative)

Beschlussvorschlag:

<-@

@-> Die Neufassung der Regelungen zur Betriebskostenfinanzierung der „Richtlinien zur Förderung der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit“ wird beschlossen.

<-@

10 **Erweiterungsbau am Nicolaus-Cusanus-Gymnasium/Änderung des Maßnahmenbeschlusses vom 25.01.01**

@-> Herr Orth teilt mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, aber bezüglich der Veräußerung von Teilen des Schulgrundstückes keine Fakten schaffen will. Dies wird als eigenständige Angelegenheit gesehen und zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Herr Ziffus schließt sich diesen Ausführungen an, merkt aber an, dass die angesprochenen Grundstücksflächen hervorragend für mehrgeschossigen sozialen Wohnungsbau geeignet sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

<-@

- @-> Der Errichtung eines Erweiterungsbaus am Nicolaus-Cusanus-Gymnasium mit einem veränderten Raumprogramm und verringerten Baukosten wird - vorbehaltlich Sicherstellung der Finanzierung - zugestimmt.
Der Maßnahmebeschluss des Finanz- und Liegenschaftsausschusses vom 25.01.2001 wird durch den neuen Beschluss ersetzt.

<-@

11 Jahresabschluss 2001 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

- @-> Die Herren Freese und Waldschmidt nehmen wegen Befangenheit nicht an der Beratung teil.

Herr Haasbach übernimmt daher die Sitzungsleitung.

Herrn Ziffus ist aufgefallen, dass in diesem Jahresabschluss ein relativ hoher Verwaltungskostenteil (ca. 20 %) enthalten ist. Er erinnert an die positiven Arbeiten der Stadtverkehrsgesellschaft und möchte wissen, wie es nunmehr weitergeht und welche Projekte für die Zukunft angedacht sind. Hiervon ist es abhängig, ob nicht wieder ein hauptamtlicher Geschäftsführer bestellt werden sollte.

Auch Herr Dr. Fischer möchte wissen, wie es mit der Stadtverkehrsgesellschaft weitergehen soll und ob es sinnvoll ist, diese in der derzeitigen Form bestehen zu lassen. Ihm ist unklar, in welcher Höhe derzeit ein Zuschuss gezahlt wird.

Herr Schmickler bemerkt, dass die Diskussion über die Zukunft der Gesellschaft in die Zuständigkeit des Hauptausschusses fällt, aber eng im Zusammenhang mit den finanziellen Mitteln der Stadt zu sehen ist. Er hält es für wünschenswert, mit geringeren Verwaltungskosten die positive Arbeit fortzusetzen, weil man in Bergisch Gladbach dringend auf einen gut funktionierenden ÖPNV angewiesen ist.

Darauf hin kommt es zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung (der Fraktion von
BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Beschlussvorschlag:

<-@

- @-> 1. Die Bürgermeisterin als Gesellschaftsvertreterin wird bevollmächtigt in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2001 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH festzustellen. Der Jahresabschluss der Gesellschaft weist ein Jahresergebnis von 0,00 € aus.

2. Die Bürgermeisterin wird bevollmächtigt, den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.
3. Die Bürgermeisterin wird ebenso bevollmächtigt, für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2002 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott zu beauftragen.

Die Herren Freese und Ziffus kehren an ihren Platz zurück und Herr Freese übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

<-@

12 Schuldenmanagement

@-> Herr Nagelschmidt begrüßt das beabsichtigte Vorgehen der Verwaltung, und regt an, die mögliche Zinsersparnis zur Schuldentilgung einzusetzen.

Für Herrn Ziffus stellt sich die Frage, ob hierfür überhaupt Hilfe von außen benötigt wird. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die personelle Besetzung des Fachbereiches Finanzen und die im letzten Jahr bereits erzielten Erfolge auf diesem Gebiet.

Auch Herr Dr. Fischer beurteilt im Grundsatz diese Angelegenheit positiv, sieht aber auch ein gewisses Risiko. Er schlägt daher vor, dass jährlich in Form einer Gegenüberstellung über die Ergebnisse berichtet wird.

Ansonsten wird die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis genommen.

<-@

13 Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2003

@-> Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

14 Haushaltsreste-Liste 2003

@-> **Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Beschlussvorschlag:

<-@

@-> Die Bildung der in der Anlage beigefügten Haushaltsreste wird beschlossen

<-@

15 Wirtschaftsplan 2004 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"

@-> Herr Dr. Kassner beantragt, im Vermögensplan den Ansatz bei Kontonummer 0050000 -Baukosten Kinderhaus Pannenberg- mit einem Sperrvermerk zu versehen, über dessen Aufhebung der Finanz- und Liegenschaftsausschuss entscheidet.

Dieser Antrag wird mehrheitlich (8 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion; 7 Nein-Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der KIDinitiative) angenommen.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung obiger Änderung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2004 und der Investitionsplan für die Jahre 2004 bis 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ werden unter Berücksichtigung der vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorgeschlagenen Änderung beschlossen.

<-@

@-> Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2004 und der Investitionsplan für die Jahre 2004 bis 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ werden beschlossen.

<-@

16 Beratung über den Haushaltsplanentwurf 2004

hier: Hochbaumaßnahmen FB 6

@-> Herr Ziffus beantragt, über die Hst. 200 943 00 –Nießbrauch an städt. Schulen (Planungskosten)- getrennt abzustimmen.

Herr Nagelschmidt möchte wissen, wann mit dem Ergebnis der Hochbauuntersuchung zu rechnen ist.

Herr Kotulla verweist hierzu an die im Hauptausschuss am 16.03.2004 gestellte Anfrage, die schriftlich beantwortet wird.

Nunmehr wird als erstes über die Hst. 200 943 00 –Nießbrauch an städt. Schulen (Planungskosten)- abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich (10 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, F.D.P. und der KIDinitiative; 5 Nein Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beschlussvorschlag:

Der Ansatz bei Hst. 200 943 00 -Nießbrauch an städt. Schulen (Planungskosten)- wird entsprechend der Vorlage beschlossen.

In einer weiteren Abstimmung wird über die übrigen Haushaltsstellen abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die in der Vorlage aufgeführten Ansätze werden mit Ausnahme des Ansatzes bei Hst. 200 943 00 -Nießbrauch an städt. Schulen (Planungskosten)- beschlossen.

<-@

@-> Der Rat hat die Beratung über den Haushaltsplanentwurf an die Fachausschüsse überwiesen.

Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss beschließt dementsprechend über die als Anlage aufgeführten Ansätze aus dem Haushaltsplanentwurf 2004 (unter Berücksichtigung der vorgenommenen nachträglichen Änderungen lt. „Änderungsliste“).

Es handelt sich dabei um Hochbaumaßnahmen, die gemäß Haushaltsplanentwurf in die Zuständigkeit des Fachbereichs 6 (Grundstücksnutzung) fallen.

<-@

17 Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2004 und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2003 - 2007

@-> Als Grundlage der Beratung werden folgende Unterlagen benannt:

1. Entwurf der Haushaltssatzung und des -buches 2004 mit Anlagen
2. die mit der Einladung versandten Änderungslisten (Stand 17.02. bzw. 25.02.2004)
3. das als Tischvorlage verteilte Ergänzungsblatt zur Änderungsliste mit den sonstigen Verwaltungsvorschlägen

Zu Beginn teilt Herr Dr. Kassner mit, dass die CDU-Fraktion heute keine eigenen Änderungsvorschläge unterbreiten wird. Über den Antrag der Fraktion der KID Initiative aus dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss), den Ansatz für die offene Jugendarbeit um 100.000 € zu erhöhen, soll im Rat entschieden werden.

Auch Herr Ziffus wird für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heute keine Anträge stellen, da diese von ihm evtl. im Rat gestellt werden.

Herr Kleine erinnert an die vor einigen Jahren gemachten schlechten Erfahrungen mit der CDU-Fraktion, im Bereich des Haushalts zusammenzuarbeiten. Aus diesem Grunde wird auch die SPD-Fraktion keine Anträge stellen, da diese seiner Meinung nach von der Mehrheits-Fraktion abgelehnt werden.

Auf eine entsprechende Frage von Herrn Waldschmidt antwortet Herr Muth, dass der Ansatz der Einnahmen aus Parkentgelten in 2003 nicht „aus der Luft gegriffen“ war, sondern unter der Annahme kalkuliert wurden, eine bestimmte Parkplatzbelegung und ein bestimmtes Parkentgelt bei bestimmten entgeltpflichtigen Zeiten zu erzielen. Diese Annahmen haben sich im Laufe des Jahres als nicht richtig erwiesen, sodass der Ansatz in 2004 aufgrund der realistischen Zahlen aus 2003 hochgerechnet wurde und angepasst wird.

Herr Orth bemerkt, dass nach dem fortgeschriebenen Haushaltssicherungskonzept rund die Hälfte des Konsolidierungsbeitrages in den einzelnen Jahren von den Gebührenzahlern, in erster Linie den Abwassergebührenzahlern, erbracht wird. In diesem Zusammenhang teilt er mit, dass ihm Informationen vorliegen, wonach es bei der Abwasserabgabe 2002, möglicherweise auch bereits ab dem Jahre 1999, zu Fehlrechnungen gekommen ist. Diese seien so erheblich, dass sie auch Auswirkungen auf die Gebühren haben könnten. Er spricht von einer Größenordnung in Höhe von ca.

300.000 €. Diese seien aber im Erfolgsplan 2004 des Abwasserwerkes nicht berücksichtigt, da der Ansatz gegenüber 2003 lediglich um 40.000 € abweiche (2004 = 790.000 €, 2003 = 830.000 €, 2002 = 780.000 €). Warum ist diese Summe immer noch im Wirtschaftsplan enthalten, obwohl dies bereits seit langem bekannt ist? Warum werden keine Möglichkeiten genutzt, diese Beträge vom Landesumweltamt zurück zu erhalten und diese an die Gebührenzahlerinnen und -zahler weiterzugeben? Er geht davon aus, dass sich hieraus Gebührenreduzierungen ergeben. Dies spricht nicht gerade von einer soliden und seriösen Gebührenpolitik.

Hierauf antwortet Herr Kotulla, dass diese Angelegenheit seitens der Verwaltung geprüft wird.

Frau Böcher unterbreitet einen Deckungsvorschlag für den Antrag von ihrer Fraktion aus dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss), für die offene Jugendarbeit 100.000 € zusätzlich bereitzustellen. Dieser Betrag soll bei den verlustabdeckenden Zuschüssen für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen „Verkehrsflächen“ und „Stadtgrün“ eingespart werden.

Hierzu erwidert nochmals Herr Dr. Kassner, dass über den Antrag der Fraktion der KIDinitiative aus dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss), den Ansatz für die offene Jugendarbeit um 100.000 € zu erhöhen, erst im Rat entscheiden werden sollte. Dies betrifft auch die entsprechende Deckung hierzu.

Frau Böcher ist hiermit einverstanden.

Daraufhin wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mehrheitlich	(8 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion; 5 Nein-Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	bei 2 Enthaltungen	(der Fraktionen von F.D.P. und der KIDinitiative)

Beschlussvorschlag:

<-@

@-> Die Haushaltssatzung und das Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2004 sowie das Investitionsprogramm für die Jahre 2003 – 2007 werden unter Berücksichtigung der vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

<-@

18 Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> **Herr Ziffus:**

Ich möchte gerne wissen, was bezüglich der von Orth gerade angesprochenen Fehlrechnungen bei der Abwasserabgabe vorgefallen ist?

Da keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Ausschussvorsitzende, Herr Freese, um 18:39 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@